

Zwangsarbeit für Erwerbslose beenden - Kombilöhne abschaffen!

Unter dem Titel "Vom Sozialen Arbeitsmarkt zum Öffentlich Geförderten Beschäftigungssektor – die langzeitarbeitslosen Menschen aus HARTZ-IV herausholen" hat das Gewerkschaftsforum Dortmund seine Vorstellungen einer Unterstützung von Langzeitarbeitslosen bei "scharf-links" (www.scharf-links.de) und auf eigener Homepage veröffentlicht.

Leider wurden dabei mal wieder nicht die Erwerbslosen gefragt. Stattdessen wurden Stellungnahmen, die von der Partei Die Linke bis zu den für HARTZ IV verantwortlichen neoliberalen Parteien SPD und Bündnis90/Die Grünen reichen und öffentlich geförderte Beschäftigung (ÖGB) kolportieren, für eine Unterstützung der Langzeitarbeitslosen ausgegeben.

Das Gewerkschaftsforum Dortmund befindet sich auch im Einklang mit dem DGB-Bundesvorstand, der schon aus seiner paritätischen Beteiligung an der Bundesagentur für Arbeit ein Interesse hat, dort Instrumente und Macht anzusiedeln. Bereits der DGB Niedersachsen wirkt hier differenzierter und fordert für einen ÖGB wenigstens Tarife und Freiwilligkeit.

Aber was fordern die Erwerbslosen?

Zu Beginn von HARTZ IV forderten Erwerbslose eine Triage aus Mindestlohn (10 Euro) Existenzminimum (500 Euro) und Arbeitszeitverkürzung (30 Wochenstunden bei Personal- und Lohnausgleich). Die Zahlen für Mindestlohn und Regelsatz sind seither anpassungsbedürftig geworden.

Bei den ver.di-Kongressen haben sich Erwerbslose klar positioniert.

"Öffentlich geförderte Beschäftigung" und "Sozialer Arbeitsmarkt" wird abgelehnt

Der Bundeskongress beschließt:

ver.di wird aufgefordert

- gegen bisherige Formen der öffentlich geförderten Beschäftigung – wie zum Beispiel die "Ein-Euro-Jobs" – als auch gegen geplante Formen wie den so genannten "Sozialen Arbeitsmarkt" innerhalb (dazu gehören auch Betriebs- und Personalräte) und außerhalb von ver.di Stellung zu beziehen. In Modellen zum "Sozialen Arbeitsmarkt" sollen die bisherigen Kriterien bei öffentlich geförderter Beschäftigung – Zusätzlichkeit, Gemeinnützigkeit und Wettbewerbsneutralität – nicht mehr zur Geltung kommen.
- deutlich zu machen, dass eine Arbeitsmarktpolitik, die bei Massenerwerbslosigkeit und bei geschätzt sechs Millionen fehlenden Vollzeitarbeitsplätzen die angeblichen "Vermittlungshemmnisse" der so genannten "Langzeitarbeitslosen" ins Visier nimmt, falsch ist;
- deutlich zu machen, dass neue und alte Konzepte der öffentlich geförderten Beschäftigung spätestens seit der Agenda 2010 entweder sinnlose Beschäftigungsmaßnahmen sind oder der Verdrängung regulärer Beschäftigung Vorschub leisten – vor allem im Bereich der öffentlichen und sozialen Dienstleistungen;
- aufzuzeigen, dass es sowohl im Interesse der aktuell Beschäftigten als auch der Erwerbslosen (sowie der sonstigen Bevölkerung) liegt, die öffentliche Daseinsvorsorge mit regulären, tariflich entlohnenden Arbeitsplätzen auszuweiten (öffentlicher Dienst), anstatt einen noch größeren Niedriglohnsektor zu etablieren und auch noch Altersarmut vorzuprogrammieren.

Beschluss der Bundeserwerbslosenkonferenz

Der ver.di-Bundeskongress selbst beschloss:

"Öffentlich geförderte Beschäftigung" und "Sozialer Arbeitsmarkt"

Der Bundeskongress beschließt:

ver.di soll

- gegen bisherige Formen der öffentlich geförderten Beschäftigung – wie zum Beispiel die "Ein-Euro-Jobs" – als auch gegen geplante Formen wie den so genannten "Sozialen Arbeitsmarkt" innerhalb (dazu gehören auch Betriebs- und Personalräte) und außerhalb von ver.di Stellung beziehen. In Modellen zum "Sozialen Arbeitsmarkt" sollen die bisherigen Kriterien bei öffentlich geförderter Beschäftigung – Zusätzlichkeit, Gemeinnützigkeit und Wettbewerbsneutralität – nicht mehr zur Geltung kommen;
- deutlich machen, dass eine Arbeitsmarktpolitik, die bei Massenerwerbslosigkeit und bei geschätzt sechs Millionen fehlenden Vollzeitarbeitsplätzen die angeblichen "Vermittlungshemmnisse" der so genannten "Langzeitarbeitslosen" ins Visier nimmt, falsch ist;
- deutlich machen, dass neue und alte Konzepte der öffentlich geförderten Beschäftigung spätestens seit der Agenda 2010 entweder sinnlose Beschäftigungsmaßnahmen sind oder der Verdrängung regulärer Beschäftigung Vorschub leisten – vor allem im Bereich der öffentlichen und sozialen Dienstleistungen;
- aufzeigen, dass es sowohl im Interesse der aktuell Beschäftigten als auch der Erwerbslosen (sowie der sonstigen Bevölkerung) liegt, die öffentliche Daseinsvorsorge mit regulären, tariflich entlohten Arbeitsplätzen auszuweiten (öffentlicher Dienst), anstatt einen noch größeren Niedriglohnssektor zu etablieren und auch noch Altersarmut vorzuprogrammieren.

Das Arbeitsmarktproblem

Zu recht erwähnt das Gewerkschaftsforum Dortmund, dass Langzeitarbeitslose auf dem Arbeitsmarkt keine Chance haben. Bei zwei Vermittlungshemmnissen (über 50 und länger als ein Jahr Erwerbslos) nennt das IAB hier sechs Prozent.

Diese Vermittlungshemmnisse liegen aber nicht bei den Lohnabhängigen, sondern bei den Kapitalisten. Es sei denn, man würde wollen, dass z.B. examinierte Pflegekräfte als Pflegehelfer arbeiten müssen - etwa in Leiharbeit - um mehr Ertrag für Kapitaleigner zu erwirtschaften.

Jedes Problem des Arbeitsmarktes liegt im Anspruch der Kapitalisten auf Rendite.

"Eine Vollbeschäftigungslage ist derzeit überhaupt nicht absehbar" sagt das Gewerkschaftsforum Dortmund in Ignoranz gegenüber allem, was über Lohnarbeit, Mehrwert und tendenziellen Fall der Profitrate bekannt sein sollte. Öffentlich geförderte Beschäftigung sei daher "notwendig und alternativlos" meint das Gewerkschaftsforum Dortmund. Fast wie die "alternativlose" Schröder/Fischer-Regierung, der wir HARTZ-IV verdanken.

Tatsächlich haben wir ein Arbeitsmarktproblem u.a. deshalb, weil die öffentliche Daseinsvorsorge kapitalistischen Prinzipien geöffnet wurde. Öffentliche Daseinsvorsorge wird selbst in öffentlicher Hand unter betriebswirtschaftlicher Diktion organisiert, oder völlig jeder privaten Ausbeutung geöffnet.

So betreiben Krankenhäuser in öffentlichem Besitz den gleichen Personalabbau und die gleiche Arbeitszeitverdichtung, wie private.

Da hatte bereits die Schröder/Fischer-Regierung die - von der Bertelsmannstiftung angeregte - Idee, Personalengpässe ließen sich über einen Rückgriff auf den Reichsarbeitsdienst lösen. Erwerbslose könnten der Volksgemeinschaft - nein, Sozialdemokraten reden hier von Solidargemeinschaft - über besondere Verpflichtungen dienen.

Die gewerkschaftlich organisierten Erwerbslosen halten nichts von solchen Rückgriffen auf faschistische Sozialpolitik. Wir wollen öffentliche Beschäftigung statt öffentlich geförderter! Die Abschaffung von Sanktionen ist hier ein Minimum!

Der Kombilohn

Um angeblich Erwerbslosen zu helfen, wird am liebsten den Kapitalisten geholfen. Immer wieder werden Sozialgelder in Wirtschaftsförderung umgewandelt. Deutlichstes Beispiel sind hier Lohnzuschüsse. Wir Erwerbslose haben keine Einwände, wenn Steuermittel vom Bund auf Kommunen verteilt werden. Aber wenn Steuermittel für den Profit privater Kapitaleigner benutzt werden, haben wir ein Problem.

Das Problem der Sozialarbeit

SozialarbeiterInnen erklären uns gern, wie glücklich wir doch wären, wenn wir Erwerbslosen noch irgendwie verwertbar wären. Dabei verschweigen sie natürlich, dass sie ihren eigenen Job einer Hartz-IV-Industrie verdanken, die neben Profiten aus Massnahmen direkt von Zwangsarbeit profitiert.

Die Zwangsarbeit in Form von Ein-Euro-Jobs soll ja aktuell über Flüchtlinge ausgeweitet werden. Ihr Charakteristikum bleibt eine Verwaltungspauschale für die Massnahme. Damit gibt es nicht nur Arbeitskräfte umsonst, sie bringen auch noch Geld mit.

Volker Ritter, ver.di-Erwerbslosenausschuss Hannover-Leine-Weser